

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (Halbmonatlich 1 Mark 10 Pf.), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Ströbnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-2, Alsterbahnhofstr. 2 / Fernspre. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeit einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Seite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Alsterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 6. Juli 1927

Nummer 155

160 Prozent Friedensmiete

Zollräuber und Hausagrarien arbeiten Hand in Hand / Neue Mietwucherpläne der Bürgerblockregierung

Steigerung der Altmieten

Berlin, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Volkszeitung meldet, daß das Reichsarbeitsministerium eine umfangreiche Denkschrift von 8 Druckseiten fertiggestellt hat, die bisher angeblich nur Mitgliedern des Wohnungsausschusses des Reichstages zugestellt wurde. Diese Denkschrift behandelt u. a. die Frage des Wohnungsbauens und sieht eine Erhöhung der Altmieten auf 150 bis 160 Prozent vor. Auf Grund dieser Denkschrift will die Reichsregierung die Gesetzgebung über die Hauszinssteuer und die Neuregelung des Mieterschutzes im kommenden Herbst behandeln.

Der Reichstag hat in den letzten Tagen des Juni beinahe eine provisorische Vorlage angenommen, nach der das Mieterschutzgesetz und das Mietminderungsrecht bis zum 31. Dezember 1927 verlängert wird. Wir bezeichnen bereits damals den Beschluß der Reichstagsmehrheit als ein Scheinurteil an die Mieterschaft und sagten, daß die Annahme dieses Antrages keineswegs bedeutet, daß die Bürgerblockregierung mit den Verschlechterungen in der Mieterschutzgesetzgebung ein halbes Jahr warten will. Die Vorlage, die die Verschlechterungen der Mieterschutzbestimmungen enthält, sind dem Reichstag bereits zugegangen und werden in beschleunigter Weise in den Ausschüssen durchberaten. Die Meldung der Volkszeitung bestätigt, daß auch in der Frage der Mietpreisbildung die Bürgerblockregierung gewillt ist, den Forderungen der Wohnungskapitalisten reißlos nachzukommen. Hand in Hand mit dem Abbau der Mieterschutzbestimmungen, wie sie durch die dem Reichstag vorliegenden Vorlagen geplant sind, geht eine planmäßige rückwärtslose Ausweitung der breiten Schichten der Mieterschaft. Das freie Kündigungsrecht für die Hausbesitzer, das mit den Vorlagen durchgeführt werden soll, die jetzt dem Reichstag vorliegen, wird den Hausbesitzern neue Leveragemittel in die Hand geben, um die Mieter der Willkür und dem Diktat des Hausagrarierkapitals preiszugeben. Die Mietsteigerungen am 1. April und die ständig steigenden Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die neuen Bürgerblockpläne in Bezug auf Ausweitung durch den Zellwucher und die am 1. Oktober vorgesehene neue Erhöhung der Mieten bringen Millionen von Volksmassen neue Gefahren des Verlustes ihres Wohnrechtes. In allen deutschen Großstädten, insbesondere in den Proletariatsvierteln und in den Arbeitergemeinden, ist die Zahl der Ermittlungen gewaltig gestiegen. Tausende von Familien sind jetzt schon ohne jedes persönliche Verhältniß auf die Straße geworfen und ohne Unterkunftsraum. Was kümmert den Bürgerblock die Kiszanzahl der Arbeitslosen und der Krisenfürsorgeempfänger, die Zunahme der sozialbedürftigen Personen, das furchtbare Elend der Kriegsgeschädigten, Kriegsoffer, Sozial- und Kleinentner? Rücksichtslos wird die Bucherpolitik der Bürgerblockregierung auf allen Gebieten im Interesse der Kapitalisten durchgeführt. Nach Durchführung der Steigerung der Friedensmiete in den

Altmietwohnungen, die insbesondere die arbeitende Bevölkerung trifft, wird es zu einer wahren Kündigungswelle durch die Hausbesitzer kommen. In der Frage der Ausweitung und Rechtslosmachung der Mieter, in der Frage der Zollräubererei und Ausplünderung des werktätigen Volkes auf allen Gebieten gehen Hausagrarien, Schwerindustrie und Junker Hand in Hand. Das Ziel des Hauskapitals ist, die Mieten in den Altmietwohnungen möglichst sofort auf den Stand der Rentabilitätsmieten in Neuwohnungen, d. h. auf die 2½fache bis 3fache Friedensmiete zu bringen, um auf diesem Wege etwa 100 Milliarden Wertzuwachs aus dem Grundbesitz herauszuschlagen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die neuen Mietwucherpläne Verteuerungen der gesamten Lebenshaltungskosten des werktätigen Volkes nach sich ziehen. Die Hungerregierung des Bürgerblocks schreckt nicht vor dieser Ungeheuerlichkeit zurück. Höher als die Interessen und das Leben des werktätigen Volkes steht ihr die Profitgier der Schwerindustriellen, der Hausagrarien und Junker. Statt Brot und Wohnungen für die Massen schafft die Bürgerblockregierung Anebnungsgeleise gegen die Arbeiter, organisiert die planmäßige Ausweitung des werktätigen Volkes und nimmt ihm seine letzten politischen Rechte.

Die Meldung der Volkszeitung signalisiert die ersten Gefahren für die Arbeiterklasse. Der beabsichtigte Zollwucher, der jetzt im Reichstag im Eilzugtempo durchgeführt wird, die neuen Pläne, die einen gewaltigen Mietwucher zum Herbst ankündigen, müssen die arbeitende Bevölkerung zur Abwehraktion in gemeinsamer Front aller Werktätigen zusammenschweißen. Jetzt gilt es insbesondere, die Gewerkschaften zu mobilisieren, um in ihnen den Kampf um Lohn und Brot, um bessere Lebensbedingungen zu organisieren. Die Pläne der Hungerregierung dürfen nicht gelingen. Die Arbeiterklasse muß jetzt überall auf den Plan treten. Mobilisiert die Parteiführer! Stellt die Fragen in den Gewerkschaften zur Tagesordnung! Erzwingt den außerparlamentarischen Kampf gegen die Reformisten und USVP-Leute in den Instanzen! Fordert überall gemeinsame Aktionen der Arbeiter zur Abwehr der Hungerpläne. Nieder mit dem Zoll- und Mietwucher! Es lebe der Kampf gegen die Kriegs- und Hungerregierung!

Auswirkungen von Kiel

Ausschluß linkssozialdemokratischer Parteifunktionäre in Freiberg.

Die getriggerte Ausgabe des linkssozialdemokratischen Volksblattes meldet: „In der letzten Versammlung der SPD-Ortsgruppe wurden die Sozialdemokraten Günzel gegen 6 Stimmen und Stadtvorstandener Kaul einstimmig wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen.“ Der Volksstaat versteht diese Meldung mit der Ueberschrift: „Günzel einmischen in der SPD.“ Er tut das nicht zu Unrecht. Im Kommentar zu der Meldung sagt er, daß die beiden Ausschließungen seit Monaten gegen die eigene Partei in der Öffentlichkeit polemisierten, und bezeichnet den Ausschluß der beiden linkssozialdemokratischen Funktionäre als „Rechtstendenz des Kieler Parteitag“. In der Tat! Die Beschlüsse der SPD-Versammlung in Freiberg sind nicht anders zu bewerten als das Einschleichen der linken SPD-Führer in Sachsen in die in Kiel erneut betonte Front und politische Linie des Parteivorstandes. Auch in Freiberg bemühen sich die SPD-Führer, die nicht dem Einfluß des früheren Landtagsabgeordneten Tempel stehen, die Partei allmählich in das Kielwasser des Parteivorstandes zu bringen. Deshalb auch der Ausschluß der beiden oppositionellen SPD-Arbeiter. Günzel war bekanntlich Kauls Delegierter und war durch seine immerhin objektive Berichterstattung, insbesondere unter der Glasarbeiterchaft, den SPD-Führern stark auf die Narren gefallen. Kaul war früher Mitglied der Kommunistischen Partei und trat während der Rufführer-Periode zur SPD über. Die

versuchten damals den Uebertritt Kauls zur SPD gegen die Kommunisten auszunutzen. Jetzt, nachdem diese ehrsüchtigen Arbeiterelemente das Einschleichen der linken SPD-Führer in die Weisfront nicht mitmachen, werden sie angeblich wegen „partei-schädigenden Verhaltens“, aus der SPD ausgeschlossen. Der Ausschluß der beiden Freiburger SPD-Arbeiter zeigt sich würdig an den Ausschluß oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter und oppositioneller SPD-Jugend in den übrigen Teilen Sachsens und im Reich. Die linksdrapierierten Parteivorstandspolitiker in Sachsen können die Opposition in den eigenen Reihen nicht vertragen. Sie wollen und möchten das Einschleichen in die Front der Wels und Müller ohne Widerstand in den eigenen Reihen durchführen. Sie zeigen mit diesem Ausschluß vor der gesamten Arbeiterklasse, was sie in Wirklichkeit sind, und enthüllen ihr wahres Gesicht. Revolutionäre Arbeiter haben in der SPD keinen Platz. Der Ausschluß der Freiburger oppositionellen SPD-Arbeiter ist nur der Anfang. Weitere Ausschlüsse werden folgen, und der Volksstaat wird Recht behalten, daß Großeinmischen in der SPD beginnt. Die sächsischen linken SPD-Führer machen die Partei für Wels und Müller reif, fäubern sie von ehrlichen revolutionären Arbeiterelementen. Das ist die wichtige Aufgabe, die die sächsischen „Linken“ zu erfüllen haben. Bezeichnenderweise hat die gesamte SPD-Vresse den Ausschluß dieser beiden Funktionäre bisher verschwiegen. Wir werden in den nächsten Tagen auf diesen Fall noch einmal zurückkommen.

Das Gesetz gegen die Arbeitslosen

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wird durchgepeitscht werden.

Von Max Köhler

Der Bürgerblock hat dabei, das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Reichstag durchzupeitschen. Die Unterstützung, die dem Bürgerblock von den reformistischen Gewerkschaftsführern und der Sozialdemokratischen Partei durch ihre prinzipielle Zustimmung zur Arbeitslosenversicherung im Kampf um den Abbau der Unterstützung zuteil wurde, hat der Regierung des Monopols und Truttkapitals erst die Basis zur Verwirklichung ihrer Pläne geschaffen. Das Eintreten der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokraten für das Arbeitslosenversicherungsgesetz ermöglichte erst dem Bürgerblock, seine Pläne und Absichten im Kampfe gegen die Arbeiterklasse und besonders gegen die Erwerbslosen durchzusetzen. So war von vornherein der Kampf gegen den Vorstoß der Reaktion gegen die Interessen der Arbeiterklasse auf die Kräfte der Kommunisten und die hinter ihr stehende sympathisierende Arbeiterklasse mit den Erwerbslosen beschränkt. Wenn es gelang, irgendwelche Venderungen zum Nutzen der Erwerbslosen gegenüber dem Regierungsentwurf durchzusetzen, so ist es auf die Initiative der Kommunisten und die Aktivität der Erwerbslosen selbst zurückzuführen.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz beteiligt reißlos die noch noch vorhandenen Reste der Fürsorge und macht prinzipiell die Höhe der Unterstützung von der Höhe der gezahlten Beiträge nach dem Versicherungsprinzip abhängig. Der Regierungsentwurf ist in seinem Charakter in der ersten, wie auch in der zweiten Lesung im Sozialpolitischen Ausschuss nicht geändert worden. Die Änderungen sind im allgemeinen unwesentlicher Natur.

Durch die Verschmelzung der Arbeitslosenversicherung mit dem Arbeitsnachweisgesetz ist das Gesetz gleichzeitig ein Gesetz über die Arbeitsvermittlung. Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Reichsanstalt. Der Reichsanstalt werden die bestehenden Arbeitsnachweismänter eingegliedert. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung wird die Hauptstelle. Die Landesämter für Arbeitsvermittlung werden zu Landesarbeitsämtern, die öffentlichen Arbeitsnachweise der Ortstellen zu Arbeitsämtern der Reichsanstalt. Ein Arbeitsnachweis kann sich über mehrere Orte erstrecken. Jede Gemeinde muß aber von einem Arbeitsamt erfasst sein.

Im Organisationsaufbau ist damit eine Vereinfachung vorgezogen. Trotzdem kann aber von einer wirklichen Vereinfachung des gesamten Arbeitsnachweises nicht die Rede sein. Außer den öffentlichen Arbeitsnachweisen bleiben die Unternehmerarbeitsnachweise aufrechterhalten. Weiter bringt das Gesetz eine noch größere Zerplitterung auf dem Gebiete der Sozialversicherung, indem die bürgerlichen Parteien die Zulassung der Erkranktenkassen durchsetzen, ja selbst die Gründung von neuen Erkranktenkassen gefördert wird.

Die Organisation bringt keine Selbstverwaltung. Auch das Mitbestimmungsrecht steht nur auf dem Papier. Eine Wahl der Vertreter findet nicht statt. Die Beisitzer werden durch den Vorsitzenden auf Grund der eingereichten Vorschlagslisten bestellt. Die wirtschaftlichen Vereinigungen haben das Vorschlagsrecht.

Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter, sowie die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter, der Verwaltungsrat der Reichsanstalt setzen sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und der öffentlichen Körperschaften zusammen. Dagegen sind in den Organen der Arbeitslosenversicherung (Spruchbehörden) die öffentlichen Körperschaften ausgeschaltet, sie bestehen je zur Hälfte aus Unternehmern und Arbeitern.

In den Kreis der Versicherten werden nicht alle Arbeiter und Angestellten hineingezogen. Die Land- und Forstarbeiter sind trotz der Venderungen in der zweiten Lesung im Grunde genommen von der Unterstützung ausgeschlossen. Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, eine Arbeit anzunehmen, verliert den Anspruch auf Unterstützung für vier Wochen.

Der Abbau der Unterstützungsdauer von 52 auf 26 Wochen soll durchgeführt werden. Gleichzeitig wird die Anwartschaftsdauer von 13 auf 26 Wochen verlängert. Nur unter besonderen Umständen kann eine Krisenfürsorge eingerichtet werden, die Entscheidung liegt dabei in den Händen des Reichsarbeitsministers. Die Unterstützung der Krisenfürsorge ist an die Pflichtarbeit gebunden. Bei Streiks und Ausperrungen wird ebenfalls keine Unterstützung gezahlt; selbst mittelbar am Streik oder der Ausperrung Beteiligten soll Unterstützung nur dann gewährt werden, wenn die Entscheidung der Unterstützung eine unbillige Härte darstellen würde.

Am katastrophalsten für die Erwerbslosen wirkt sich jedoch die von den Gewerkschaftsführern und von der Sozialdemokratie